

Albrecht Müller

Referat zum Thema

Alternativen zum Neoliberalismus – Programm und Strategie

in München am 9. Februar 2017 19:00 Uhr im Rahmen einer Veranstaltung des Gesprächskreises München der NachDenkSeiten, von Attac und von Ver.di

im Gewerkschaftshaus in der Schwanthalerstraße

1 Guten Abend, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde der Nachdenkseiten. Wir treffen uns, um gemeinsam eine politische Alternative für unser Land zu suchen. Beim Gebrauch des Wortes „Alternative für ...“ stockt einem neuerdings der Atem. Es hätte nahegelegen, nach der Alternative für Deutschland und Europa zu fragen. Aber die AfD hat sich, das muss man neidlos feststellen, einen cleveren Namen ausgedacht. Clever deshalb, weil sich die kritischen Menschen in Deutschland, so wie Sie hier heute Abend versammelt sind, schon seit langem eine Alternative zu Frau Merkel und ihrer Politik wünschen und jetzt zwangsläufig - zumindest sprachlich - in die Nähe einer Bewegung geraten, mit der die meisten von ihnen wie auch ich nichts zu tun haben wollen.

Wir wollen mit jener politischen Gruppierung, die sich Alternative für Deutschland nennt, nichts zu tun haben, weil wir deren reaktionäres Denken nicht teilen. Reaktionäres Denken treffen wir zum Beispiel in den Vorstellungen zur so überaus intakt dargestellten Familie. Wir treffen es zum Beispiel in der erkennbaren Fremdenfeindlichkeit. Wir treffen es in der ziemlich weitgehenden Missachtung der sinnvollen Sozialstaatlichkeit.

Bei den heute vorzutragenden Vorstellungen von einer anderen Gesellschaft spielt hingegen die Einsicht, dass Sozialstaatlichkeit und Solidarität und soziale Sicherheit eine zentrale Bedeutung für ein besseres Leben der meisten Menschen haben, eine große Rolle. Das sieht die AfD nicht so, das sehen CDU und CSU und Grüne und die Agenda-2010-SPD auch nicht. Leider. **Das war die erste Vorbemerkung.**

In der **zweiten Vorbemerkung** muss ich von einer gewissen Enttäuschung berichten: Die Aussichten auf eine echte Alternative zur herrschenden Politik sind sieben Monate vor der Bundestagswahl leider ausgesprochen trostlos. Als die

Veranstalter zusammen mit mir das Thema formulierten, da konnten wir noch eine kleine Hoffnung haben, dass es bei den Parteien, die die Alternative formulieren und dann durch ein Bündnis zu verwirklichen hätten, die notwendige Bereitschaft und die Einsicht geben würde, dieses Ziel anzustreben. Diese Hoffnung ist leider ziemlich abhandengekommen. Dafür verantwortlich ist die Entwicklung gleich bei mehreren potentiell verantwortlichen Gruppierungen:

- a. **Die Grünen haben sich mit Frau Göring-Eckardt und Herrn Özdemir ein Spitzenpersonal ausgesucht**, das nicht nach einer Alternative Rot-Rot-Grün sucht und sich stattdessen um vieles lieber in einer kuscheligen schwarz-grünen Koalition einnisten würde. Dort sieht man die Notwendigkeit für eine Alternative zu Angela Merkel und zur Union nicht.
- b. **Die SPD ist mit Martin Schulz** bei den Umfragen zwar zu einem gewissen Höhenflug gestartet, aber das, was der neue Spitzenkandidat verlautbart, lässt keine große Hoffnung keimen, dass es mit ihm inhaltlich wirklich eine andere Ausrichtung geben wird. Wirkliche Erneuerung wäre dann sichtbar, wenn sich die SPD - mit einem gewissen Bedauern - von der Agenda 2010 verabschieden würde; sie müsste zudem der Neigung abschwören, die Lösung von Konflikten in militärischen Interventionen zu suchen und sich stattdessen ihrer großen Erfolge und der Konzeption der Friedens- und Verständigungspolitik erinnern.

Selbst Gesine Schwan – schon einmal Bundespräsidentenkandidatin der SPD und Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission und wirklich der Linksabweichung nicht verdächtig - hat kürzlich angemahnt, Martin Schulz müsse sich als Spitzenkandidat von der Agenda 2010 lossagen:

„Umkehren, Genossen!“

so Gesine Schwan in „Zeit online“ am 6. Februar. Und weiter

„Die SPD kann nur AfD-Wähler zurückgewinnen, wenn sie eingesteht, dass die Agenda 2010 in Teilen ein Irrweg war. Sie hat zu Ungerechtigkeit und Unsicherheit geführt.“

Markantes Signal der Fehlentwicklung mit Martin Schulz ist sein Gerede über die Sozialdemokratisierung der Union. Wörtlich Schulz am 1.2.2017

gegenüber der Funke-Mediengruppe <http://www.wr.de/politik/martin-schulz-nicht-ich-die-kanzlerin-hat-es-schwer-id209461895.html> : „Wenn Frau Merkel als geschäftsführende Vorsitzende einer stark sozialdemokratisch geprägten Bundesregierung sozialdemokratische Politik macht, ist das doch schön.“

Diese Einlassung ist bemerkenswert und relevant für unser Thema, weil nach der Meinung dieses Spitzenkandidaten der SPD offensichtlich eine Alternative inhaltlicher Art nicht von gravierender Bedeutung ist.

Diese Aussage zeigt zudem, dass der SPD-Spitzenkandidat ein schwacher Stratege ist: Wenn nämlich die Union der Frau Merkel sozialdemokratische Politik macht, dann können auch ehemalige sozialdemokratische Wähler sie locker wählen gehen.

Und noch ein strategisches Defizit: Wenn Angela Merkel sozialdemokratische Politik macht, dann ist das für die Spitzenkandidaten der Grünen ein willkommenes Argument dafür, dass ihre Tendenz für Schwarz-Grün auch den links angehauchten Wählern der Grünen genehm sein muss. Es gibt so auch für sie keinen Grund, sich nach Rot-Rot-Grün zu sehnen.

Der Spitzenkandidat der SPD Schulz signalisiert mit solchen Sprüchen, dass er keine alternative Politik will, sondern allenfalls einen Austausch der politischen Führung. Seine Person soll an die Stelle von Frau Merkel treten.

Merkel ist nicht sozialdemokratisiert. Das ist eine reine Propagandaformel. Merkel ist für Privatisierung, Merkel ist für niedrige Löhne, Merkel ist für niedrige Lohnnebenkosten und damit auch für niedrige Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen und damit gegen eine wirksame soziale Sicherung, Merkel steht für das Gegenteil des berechtigten Versprechens, Deutschland wolle ein Volk der guten Nachbarn sein. Wir waren das nicht gegenüber Griechenland und sind es nicht. Wir waren es nicht gegenüber Spanien und Portugal und sind es nicht. Wir haben alles getan, um unsere Nachbarn im Wettbewerb auszustechen statt zu kooperieren und gemeinsam die Beschäftigung nach oben zu treiben, diesen Völkern zu helfen, ihre Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und ihrer Jugend eine Perspektive zu geben. Was soll denn sozialdemokratisch sein an 50 % Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, was Deutschland unter der Führung Merkels und Schäubles mit

zu verantworten hat? Was soll denn sozialdemokratisch sein an der Bankenrettung mit vielen Milliarden? Was soll denn sozialdemokratisch sein an der schwarzen Null und am Fetisch des schlanken Staates? Und wo bleibt bei Angela Merkel die sozialdemokratische Note in der Ostpolitik, im Verhältnis zu Russland?

- c. Auch bei der Linken gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass man die Notwendigkeit einer disziplinierten Kampagne zum Sturz von Frau Merkel nicht erkennt. Die Stänkereien des Quasi-Parteiorgans Neues Deutschland wie auch der Parteivorsitzenden Kipping gegenüber der Spitzenkandidatin Sahra Wagenknecht sind so angelegt, dass großes Vertrauen in die gemeinsame Arbeitsfähigkeit der Spitzen bei der Linken nicht keimen kann. Das habe ich jetzt sehr vorsichtig ausgedrückt. Es ist ernst gemeint.

Das ist insgesamt keine gute Ausgangslage. Man kann sogar von einer gewissen Aussichtslosigkeit sprechen. Gibt es trotzdem etwas, was wir tun können?

4

Da ist **zum ersten** die Möglichkeit, eine fortschrittliche Alternative für Deutschland zu beschreiben und jenen anzubieten, die auf der Suche sind - damit sich jene Menschen, die gegen die Politik von Frau Merkel und der großen Koalition aufstehen wollen, ihre Proteststimmen nicht bei der AfD abliefern, sondern in einer fortschrittlichen Bewegung. Welche Person könnte der Anker dieser fortschrittlichen Volksbewegung sein? Ich hätte einen Vorschlag, will aber Ihre Suche nicht einschränken und bestimmen.

Zweitens wird es in den kommenden Monaten wichtig sein, den Weg zu Schwarz-Grün zu versperren. Denn dies wäre eine noch schlimmere Variante als die bisherige große Koalition. Die linken Wähler der Grünen sind bei Herrn Özdemir und Frau Göring-Eckart nicht gut aufgehoben, weil diese Angela Merkel unterstützen werden.

Und dann müssen wir **drittens** einen Glaubwürdigkeitstest von der SPD verlangen. Sie hat bisher nach der Wahl 2013 wie auch schon 2005 die Möglichkeit zu einer Koalition ohne die CDU/CSU nicht genutzt, obwohl die Mehrheiten gereicht hätten und immer noch dafür reichen würden. Wir sollten von der SPD verlangen, dass sie noch vor dem Ende der Legislaturperiode Gesetzesinitiativen ins Parlament einbringt, die Teile der Agenda 2010-Politik korrigieren, oder dass sie entsprechenden Vorlagen der Linkspartei und/oder der Grünen zustimmt

Zum Beispiel kann die Zumutbarkeitsregelung bei Arbeitslosengeldbeziehern aufgehoben werden,

Zum Beispiel kann die von der Regierung Schröder zum 1.1.2002 eingeführte Steuerbefreiung für die beim Verkauf von Unternehmen und Unternehmensteilen realisierten Gewinne aufgehoben werden. Das klingt technisch, ist wirtschaftlich aber wichtig. Damit wird ein Privileg der Superreichen, das zulasten des Staatshaushaltes und damit der Steuerzahler geht, zurückgenommen.

Zum Beispiel könnte der Mindestlohn auf das Niveau von Frankreich, also von derzeit 8,84 auf 9,67 € angehoben werden.

Zum Beispiel könnte eine Resolution des Bundestags zur Stärkung der Gesetzlichen Rente eingebracht werden – mit dem Ziel der Anhebung des Rentenniveaus auf über 50 % - man könnte 53 % fordern. Zielmarke könnte das Niveau der Rente im Nachbarland Österreich sein. Dort wird für Durchschnittsverdiener auf lange Sicht mit einem Rentenniveau von 68 % gerechnet.

5 ((Ich zitiere zur unterschiedlichen Entwicklung aus der Süddeutschen Zeitung vom 15.1.2017: „Für Rentner und Arbeitnehmer, die es noch werden, hört sich es an wie im Paradies: In Österreich erhalten Ruheständler 14 Monatsrenten. In Deutschland sind es nur zwölf. In Österreich kam ein langjährig versicherter Mann 2013 auf eine durchschnittliche Rente von 1560 Euro. Rechnet man die 14 auf zwölf Monatsrenten um, sind es gar 1820 Euro, in Deutschland waren es 1050 Euro. In Österreich werden Mini-Renten, die nicht zum Leben reichen, auf etwa 12 000 Euro im Jahr aufgestockt, in Deutschland nicht mehr.“

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/altersversorgung-warum-oesterreichs-rentner-viel-mehr-geld-bekommen-als-deutsche-1.2818161>))

Die dem Deutschen Bundestag vorgeschlagenen konkreten Änderungen wären Signale dafür, dass die SPD es ernst meint, das Land anders zu gestalten und mit der großen Koalition nicht fortzufahren.

Die erwähnten Gesetzesinitiativen hätten sehr wahrscheinlich einen Bruch der Großen Koalition zur Folge. Angela Merkel würde die SPD-Minister und Ministerinnen entlassen und sie durch Leute der Union ersetzen. Aber das wäre in den verbleibenden wenigen Wochen auszuhalten. Die SPD hätte viel an Glaubwürdigkeit gewonnen. Man würde ihr abnehmen, dass sie wirklich eine

Alternative will. Und es würde sichtbar werden, dass es lohnt, eine neue Mehrheit möglich zu machen. Mit Sicherheit würden damit Protestwähler von der AfD abgezogen werden. Ein gewünschter Nebeneffekt.

+++++++

Um vieles mehr, als man sich das in der allgemeinen Öffentlichkeit vorstellt, werden die gesellschaftspolitischen Weichenstellungen von jenen, die daraus Vorteile schlagen wollen, vorbereitet, in Stäben und Stiftungen und an Universitäten überlegt und geplant. So auch von der Bewegung, die wir landläufig den Neoliberalismus nennen.

Ich will diese Beobachtung an einem wirklich geschehenen Vorgang belegen und dann an einem fiktiven, aber dennoch ausgesprochen realistischen Vorgang darstellen.

6

Das erste betrifft Chile und den dortigen Umsturz vom September 1973. Was da geschah, ist immer noch aktuell. Es war nicht nur ein Militärputsch von Pinochet und seiner Clique. Es war zugleich der Einstieg der neoliberalen Ideologie der Chicago-Schule in Chile. Ein Einstieg mit großer „Gestaltungskraft“. Ich habe das damals so genau nicht durchschaut, obwohl deutsche Zeitungen wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung den Putsch euphorisch begrüßten. Das hätte eigentlich den Verdacht wecken müssen, dass dahinter mehr steckt als die Beseitigung eines gewählten, demokratischen und linken Präsidenten und die Inthronisierung einer Militärdiktatur.

Naomi Klein hat in ihrem Buch „Schock-Strategie“ den Vorgang beschrieben: wie chilenische Ökonomen in Chicago auf die neoliberale Neugestaltung vorbereitet wurden, wie sie den Putsch gegen Allende als Trittbrettfahrer benutzten und die Gewalt des Diktators Pinochet nutzten, um die Elemente ihrer ökonomischen Ideologie durchzusetzen: Entstaatlichung, Drücken der Löhne, Massenentlassungen im öffentlichen Sektor, Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen und dann auch der Einstieg in den Ersatz der gesetzlichen Altersvorsorge durch Privatvorsorge.

Das war 1973. Ein wirklich denkwürdiges Jahr. Zur gleichen Zeit begann auch bei uns eine Restauration, möglicherweise geprägt von den gleichen Kräften. Im fiktiven Planungspapier, an dem vermutlich deutsche Chicago Boys mitgearbeitet haben, also zum Beispiel der kürzlich verstorbene Hans Tietmeyer. Er war im Jahr 1973

Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik, also der Grundsatzabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums geworden und hat dann später für Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff wesentlich das sogenannte „Lambsdorff-Papier“ ausgearbeitet. Das war die Scheidungsurkunde der sozialliberalen Koalition und schon eine Art Blaupause für den neoliberalen Umbau in Deutschland.

Die Elemente des fiktiven Papiers sind zugleich die Wegmarken der weiteren Entwicklung von damals bis zur Agenda 2010 und darüber hinaus:

- Die Löhne müssen niedrig bleiben.
- Die sogenannten Lohnnebenkosten sind zu hoch. Sie müssen zumindest für die Unternehmerseite gesenkt werden.
- Der Staat ist zu fett. Er muss schlanker werden. Entstaatlichung ist angesagt
- Das Gegenstück, die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen ist endlich fällig. Wir haben das dann später erlebt: Privatisierung der Energiewirtschaft, Privatisierung der Post, Privatisierung der Telekom, Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände, Privatisierung von Stadtwerken, von Versorgern und Entsorgern, und von Krankenhäusern.
- Privatisierung auch von Teilen der bisherigen sozialen Sicherung. Privatvorsorge fürs Alter ersetzt teilweise die Gesetzliche Rente. Die Arbeitslosenversicherung soll zusammengestrichen werden.
- Konjunkturprogramme bringen nichts, so die Feststellung in dem Planungspapier der neoliberalen Bewegung. Beschäftigungspolitik ist nicht mehr auf der Tagesordnung und das Ziel „Beschäftigung“ wird auch aus dem Zielkatalog der Bundesbank gestrichen.

Die interne Planung der neoliberal geprägten Veränderung der Bundesrepublik Deutschland wurde begleitet von massiven Kampagnen der Propaganda. Diese Leute haben verstanden, dass Meinungsmache die halbe Miete ist:

Die sozialen Reformen, die schon in der Großen Koalition vom Dezember 1966 begonnen hatten, zum Beispiel mit der Gewährung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch für Arbeiter, und dann weitergeführt wurden mit einer positiven Reform der Betriebsverfassung und mit der Einführung eines gleichen Kindergeldes für alle statt der ungerechten Kindersteuerfreibeträge wurden systematisch

diskreditiert: Man sprach von „Reformitis“ und von „sozialer Hängematte“. Die Propaganda endete in einer perfekten Umdeutung: Reformen sind dann später, spätestens mit der Agenda 2010 und bis heute nicht mehr Veränderungen zugunsten der Mehrheit und der wirtschaftlich Schwächeren in der Gesellschaft, Reformen sind Veränderungen zugunsten der Oberen.

„Leistung muss sich wieder lohnen“ war eine weitere gängige Parole. Für die Gestaltung eines weiteren Feldes der Gesellschaft, für Verkehr und Umweltpolitik, lautete die Parole: „Freie Fahrt für freie Bürger“.

Den Druck auf die Löhne und die Lohnnebenkosten forcierte man in den neunziger Jahren mit der sogenannten Standortdebatte. Man suggerierte, dass Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig sei, weil die Löhne so hoch seien und die Lohnnebenkosten erdrückend. Die Debatte zielte auf eine Schwächung der sozialen Sicherheitssysteme.

Die Kampagne gegen die Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme trug in den siebziger Jahren bis zum Ende der Regierung Schmidt im September 1982 geradezu groteske Züge. Gebetsmühlenhaft wiederholten damalige Oppositionspolitiker die gleiche Formel: „X (ich erinnere mich an die wiederkehrende Zahl 17 oder 18, also „18 Konjunkturprogramme habe die Regierung Schmidt verabschiedet und sie hätten nichts gebracht außer Schulden.“ Das war glatt gelogen. Aber in der Wiederholung wird die Lüge zur Wahrheit.

Der Verzicht auf Beschäftigungspolitik und damit auch der Verzicht auf das Ziel Vollbeschäftigung ist ein zentrales Anliegen, ein von vielen Seiten verkanntes Anliegen der neoliberalen Ideologen. Sie hatten klar erkannt: ein Bodensatz von Arbeitslosigkeit drückt die Löhne, ein Bodensatz von Arbeitslosigkeit verunsichert die Lohnabhängigen; wenn Menschen sich unendlich mühen müssen, um einen Arbeitsplatz zu finden, oder wenn sie Angst haben müssen, den ihren zu verlieren, dann werden sie gefügig, dann sind sie mit ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Versorgung beschäftigt und kümmern sich nicht mehr um Politik.

Die heute messbare Entpolitisierung ist vermutlich ganz wesentlich darauf zurück zu führen, dass der Mehrheit der Lohnabhängigen das Hemd der eigenen wirtschaftlichen Versorgung näher ist als der Rock, das Kümmern um die Politik und

das allgemeine Wohl. „Erst das Fressen, dann die Moral.“ Das hat auch Konsequenzen zum Beispiel für die Bereitschaft, sich um soziales und um ökologisches und um die Interessenvertretung der abhängig Arbeitenden zu kümmern.

Ob meine gerade dargestellte Fiktion richtig ist, hätte ich Hans Tietmeyer, den späteren Mitbegründer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, jener Propagandaorganisation der neoliberalen Bewegung, gerne noch gefragt. Aber das ist verpasst; vielleicht gibt es ja Aufzeichnungen und vielleicht gibt es sogar Historiker, die ohne Scheuklappen recherchieren, wie der Neoliberalismus in Deutschland seinen Siegeszug antreten konnte.

Sie werden sich fragen, warum ich das so ausführlich schildere. Die Antwort ist einfach. **Wir können jeden Versuch, eine Alternative zur jetzigen politischen Richtung zu finden und zu realisieren, vergessen, wenn wir die nötige ideologische Umrüstung nicht schaffen. Es wird eine Kulturrevolution nötig sein. Sie wäre die Basis für eine in der Sache dann andere Politik. Die notwendigen geistigen und weltanschaulichen Veränderungen, die gelingen müssen, wenn die Alternative nicht nur formell, sondern real und sachlich geschafft werden sollte, will ich beschreiben.**

9

Vorweg: Wir älteren und alten Semester werden das nicht schaffen. Gefragt sind die 20, die 30, die 40-jährigen unter Ihnen. Sie müssten Menschen dafür gewinnen,

- Um darüber nachzudenken, wie unser Land und unsere Gesellschaft gestaltet werden sollte, überhaupt erst mal wieder Gedanken darauf zu verwenden, dass die Art und Weise unseres Zusammenlebens nicht vom Himmel fällt, sondern von uns ausgedacht und gestaltet werden muss. Wollen wir die Schulen öffentlich oder privat, wollen wir die Altersvorsorge öffentlich oder privat organisieren? Wie wollen wir unsere Kinder erziehen – zum Egoismus oder zu solidarischem Verhalten?
- Halten Sie es für denkbar, dass wir genügend Menschen dafür gewinnen, Egoismus und Eigeninteresse etwas zurückzudrängen und der Solidarität ein bisschen mehr Raum zu schaffen, sie höher zu gewichten, Empathie zu lernen und zu leben?

- Halten Sie es für denkbar, dass es gelingt, einen messbaren Teil der Eltern dafür zu gewinnen, ihren Kindern nicht zuallererst einzutrichern, sie müssten sich durchsetzen, ihre Ellbogen gebrauchen und sie dürften nicht nachgeben?
- Halten Sie es für denkbar, dass in Ihrer Generation wieder ein Bewusstsein dafür wächst, dass eine gerechtere und faire Verteilung der Einkommen und Vermögen und damit eine weniger harte Spaltung unserer Gesellschaft für alle ein Gewinn ist?

Egoismus steht gegen Solidarität. So stellt sich das heute dar. Wenn aber Solidarität wichtiger sein soll, dann werden die oben genannten Rahmenbedingungen wichtig sein: keine, jedenfalls wenige wirtschaftliche Sorgen, ein Arbeitsmarkt, der brummt, gute berufliche Perspektiven, verlässliche soziale Sicherheit, gute Versorgung mit öffentlichen Leistungen.

Weil ich das so sehe, habe ich jene linken Professoren der Ökonomie und der Soziologie und Politiker wie Erhard Eppler, die sich in den siebziger Jahren mit Attacken gegen die keynesianisch geprägte Beschäftigungspolitik einen Namen gemacht haben, nie verstanden. Sie haben der neoliberalen Bewegung in die Hände gespielt und ihren Siegeszug erleichtert. Bis heute.

Eine Übersicht über einzelne Programmpunkte:

Bisher bin ich schon an mehreren Stellen auf Elemente einer programmatischen Alternative eingegangen. Ich will im Folgenden weitere wichtige Elemente skizzieren. Das tue ich in Stichworten. Wir können in der Diskussion gerne auf Einzelheiten zurückkommen.

Ich muss mich vorweg bei jenen unter Ihnen entschuldigen, die einen Hebel zur Umschaltung auf ein neues System erwarten. Das habe ich nicht zu bieten. Ich sehe auch nicht, wer dies bieten könnte und wie dieser Hebel aussähe.

1. Das zentrale Element einer **aktiven Beschäftigungspolitik** mit dem Ziel einer boomenden Konjunktur und entsprechend starken Anbietern von Arbeit hatte ich schon mehrmals gestreift und genannt.

2. Das zweite zentrale Element ist die **Sozialstaatlichkeit**. Die soziale Sicherheit ist das Vermögen der „kleinen Leute“, so hat das der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt gelegentlich gesagt. Das ist richtig diagnostiziert. Wir haben uns aber nicht daran gehalten.
- Mit der Agenda 2010 ist den Menschen die Arbeitslosenversicherung zusammengestrichen worden.
 - Mit dem Einstieg in die Privatvorsorge für die Altersvorsorge über Riester-Rente und staatlich geförderte private betriebliche Altersvorsorge ist die Sicherheit für das Alter eingebrochen. Bewusst ist die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente heruntergefahren worden, um den Verkäufern der Privatvorsorge Argumente für ihre Geschäfte in die Hand zu geben.
Was künftig zu tun ist, liegt offen auf der Hand: Konzentration aller politischen und finanziellen Mittel auf die Stärkung der Gesetzlichen Rente. Zuvor schon erwähnt: Es muss möglich sein, dass auch in Deutschland wie in Österreich die Rente weit über 50 % des früheren Einkommens erreicht.
 - Die Krankenkassen sollten wir so organisieren, dass die Klassenaufteilung in privat und gesetzlich sukzessive ein Ende findet.
3. Das dritte zentrale Element ist **ein breiter öffentlicher Sektor**. Denn wie die reale Lebenssituation gerade von Menschen ist, die in finanziell weniger betuchten Familien leben, hängt entscheidend davon ab, was der Staat in Bildung, in Schwimmbäder, in Fortbildung, in Musikunterricht, in Nachhilfen, bei der Schule usw. investiert.
Es machte keinen Sinn, Stadtwerke und Versorgungsunternehmen andere Art zu privatisieren.
Es machte keinen Sinn, die Telekom zu privatisieren
Es machte keinen ökonomischen Sinn, die Post zu privatisieren.
Es macht keinen Sinn, Autobahnen privat zu finanzieren.
Es macht keinen Sinn, Schulen und Hochschulen zu privatisieren.

Es machte keinen Sinn, große Bestände des im Eigentum der öffentlichen Hand befindlichen sozialen Wohnungsbaus an private Großkonzerne und Finanzinvestoren zu verscherbeln.

Auf allen diesen Sektoren haben wir Korrekturbedarf. Massiven Korrekturbedarf.

Und das Schöne hierbei ist: die öffentliche Organisation dieser Leistungen ist oft effizienter als die private Organisation.

Zwei Beispiele:

- Die gesetzliche Rente wird mit unter einem Prozent Verwaltungskosten weit günstiger betrieben als die sogenannte Riester-Rente und die anderen Formen der Privatvorsorge.
- Es kann mir niemanden erzählen, dass es volkswirtschaftlich betrachtet effizient ist, vier Lieferwagen von DHL/Deutsche Post, UPS, DPD und Hermes hintereinander durch eine Straße fahren zu lassen. Häufig ist es so, dass die privatisierte Produktionsweise nur deshalb billiger erscheint, weil dabei Menschen ausgebeutet werden

12

4. Verteilung von Einkommen und Vermögen und die damit verbundene notwendige Steuerpolitik

Auch hier gilt, dass man mit einem Strauß von verschiedenen Instrumenten ansetzen muss. Die Basis für eine andere originäre Verteilung der Einkommen ist zunächst einmal die Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und die daraus folgende Verbesserung der Reallöhne, auch im Verhältnis zu den Gewinnen und den Spitzeneinkommen.

Die Politik und andere Personen, die in der Öffentlichkeit etwas zu sagen haben, müssen auf die Rückkehr zum Maß bei den Spitzeneinkommen im Unternehmensbereich drängen.

Die Vermögensteuer sollte wieder eingeführt werden.

Die Erbschaftssteuer muss eine wirkliche Erbschaftssteuer werden.

Die Besteuerung der Kapitaleinkommen mit 25 % über die Vorsteuer ist ein Skandal und sollte gestrichen werden.

Die Gewerbesteuer sollte wieder eingeführt werden.

Der Spitzensteuersatz kann auf über 50 % erhöht werden. Zu Kohls Zeiten waren es 53 %. In einem SPD Programm zur Steuerreform von 1971 waren 56 % gefordert. Es geht also hier nicht um eine revolutionäre Tat, sondern um eine faire Belastungsverschiebung zugunsten jener, die wenig verdienen und zulasten jener, die viel verdienen.

Wir sollten den USA etwas nachmachen: die Besteuerung des einzelnen Bürgers in Deutschland sollte die weltweiten Einkommen dieses Menschen umfassen und erfassen.

Wie wir die skandalöse Ungleichheit der Vermögensverteilung korrigieren können, weiß ich nicht. Die Korrektur wird nötig sein, wenn wir die schleichende Feudalisierung unserer Gesellschaft stoppen wollen und umkehren wollen. Wir haben nämlich heute eine Klasseneinteilung in Nicht-Eigentümer, kleine Eigentümer und Eigentümer von gewaltigen Vermögen. Letztere fühlen sich einer anderen Gesellschaft zugehörig.

Das kann auf Dauer nicht gut gehen, zumal diese Kreise dank ihrer finanziellen Kraft und des damit verbundenen publizistischen Einflusses und dank des Wirkens der Propaganda auch noch weite Teile der politischen Entscheidungen bestimmen können. Hier hängt Vermögenskonzentration und Machtkonzentration eng zusammen. Von einer Demokratie können dann nur noch Träumer oder Täuscher sprechen. Jedenfalls gibt es einen großen Reformbedarf

5. **Kontrolle von Oligopolen und Monopolen** und die Übernahme von nur monopolistisch oder vor allem monopolistisch erstellten Dienstleistungen und Produktionen durch die Öffentlichkeit. Was Microsoft, Facebook, und andere Dienstleister ähnlicher Art leisten, schließt über weite Strecken Wettbewerb aus und sollte deshalb in dieser Form nicht organisiert sein. Es gehört in öffentliche Hände – ich weiß, wie brisant das ist, aber daran vorbei zu gehen und so zu tun, als sei hier Marktwirtschaft und Wettbewerb realisiert, scheint mir nicht statthaft zu sein.
6. **Finanzmarkt, Kapitalmarkt, Spekulation und die Einflussfaktoren auf unternehmerische Entscheidungen.** hiermit ist ein ganzer Komplex mit

vielen Einzelementen angesprochen. Im Einzelnen scheint mir folgendes wichtig zu sein, wenn man über Veränderungen nachdenkt:

- Der Finanzsektor, insbesondere die Banken sind weit überdehnt. Die Spekulation der neunziger und nuller Jahre hat eine Personalausstattung hinterlassen, die auf Dauer nicht beschäftigt werden kann. Wir haben ein Konversionsproblem.
- Noch einmal mit Steuergeld Banken zu retten, wie es sich derzeit abzeichnet, ist nicht zu verantworten. Aber es ist kein öffentliches Thema, weil Finanzwirtschaft und Politik eng miteinander verflochten sind. Es muss aber ein Thema werden.
- Die Null Zinspolitik widerspricht allen Geboten der Vernunft. Sie führt dazu, dass das normale Sparverhalten diskreditiert wird und Kapital auf den Aktienmarkt und vor allem auf den Immobilienmarkt gedrängt wird. Dort unterliegen die Sparer den Risiken der Spekulation und vor allem führt die jetzige Konstellation zum Beispiel beim Immobilienmarkt zu einer Fehlallokation. Die Preise steigen weit jenseits dessen, was eine vernünftige Nutzung zulassen dürfte.
- Ein gravierendes Problem: manche glauben ja immer noch, Shareholder Value sei die bestimmende Einflussgröße für unternehmerische Entscheidungen. Das ist lachhaft. Entscheidende Einflussgrößen sind minimale Eigentumsanteile großer Investmentfonds und von Private-Equity-Gruppen auf die Geschäftspolitik der Unternehmensleitungen. Mit dabei sind Black Rock und Blackstone und einige andere große, die mit geringen Anteilen in einzelnen Unternehmen aber mit ihren kleinen Anteilen in vielen verschiedenen Unternehmen verankert sind; sie bestimmen mit ihren geringen Anteilen die Geschäftspolitik weit über das Maß ihres Shareholder-Gewichtes hinaus. Hier sind neue Regelungen und neue Kontrollen erforderlich und vor allem müssen die Skandale ans Licht geholt werden.

7. Kampf den **Steueroasen**. Von einer neuen Regierung und der dazugehörigen Parteien Koalition müssen wir verlangen, dass sie Steueroasen rücksichtslos trockenlegt. Das ist ein großes Thema, ein Thema mit viel Musik.

8. Krieg oder Frieden?

Bei dieser über Leben und Tod entscheidenden Frage muss ich zugeben, die Welt und die Entwicklung nicht mehr zu verstehen. Wir waren glücklich, den West-Ost-Konflikt überwunden zu haben. Wir waren in gewisser Weise stolz darauf, diese Leistung zusammen mit Politikern, am Ende aus allen Parteien, vollbracht zu haben. Und jetzt stehen wir vor dem Scherbenhaufen dieser erfolgreichen Politik.

Alles ist vergessen:

- Es ist vergessen, dass man Vertrauen zwischen Völkern und auch Vertrauen zwischen Regierungen aufbauen muss, statt es zu zerschlagen, wie es heute im Verhältnis zu Russland täglich geschieht.
- Es ist vergessen, dass hier in der Nähe, in Tutzing, 1963 ein sehr weiser Satz formuliert worden ist: „Wandel durch Annäherung“. Diese Formel beinhaltet, bei der eigenen Politik mit zu bedenken, wie diese auf die innere Entwicklung des Partners oder Gegners wirkt. Schauen Sie heute wie etwa am vergangenen Dienstag die Tagesschau oder Panorama oder lesen Sie die Bild-Zeitung: jeden Tag finden Sie Äußerungen und mit der Verschiebung von Truppen und der Aufrüstung auch Taten, die beim anderen das Gegenteil von positivem Wandel auslösen. Wir schaukeln uns gegenseitig hoch.

Ich fühle mich in die fünfziger Jahre und in die sechziger Jahre zurückversetzt, als wir uns als Studenten an der FU und hier in München an der LMU mit den Hardlinern der Jungen Union und des RCDS auseinandersetzen mussten. Heute sitzt der Geist von Jürgen Wohlrabe, damals eine RCDS Größe an der FU in Berlin, und der Geist der Jungen Union auf den Moderatorenstühlen von ZDF-heute und Tagesschau und in den Talkshows.

Im deutschen Volk gab es in der Folge des Zweiten Weltkriegs und des millionenfachen Todes eine weit verbreitete Stimmung gegen den Krieg: Nie wieder Krieg. Noch ist von diesem Widerstandsgeist gegen Krieg und Militär einiges übriggeblieben. Aber vermutlich bröckelt es. Auf jeden Fall sollte der Widerstand gegen Militäreinsätze und kriegerische Auseinandersetzungen und das Ringen um Verständigung zwischen West und Ost ein zentrales

Thema einer politischen Bewegung sein, die eine Alternative zu der herrschenden Politik anstrebt.

Wir widersprechen der Behauptung, mehr Verantwortung in der Welt bedeute und verlange, bereit zu sein zu militärischen Interventionen.

Wir widersprechen der Stimmungsmache gegen die Russen.

Wir widersprechen der Theorie, dass Verständigung mit Abschreckung kombiniert werden müsse. Abschreckung, noch dazu mit Atomwaffen, ist keine vertrauensbildende Maßnahme

Wir wollen Abrüstung und nicht mit Frau von der Leyen Aufrüstung und die Verklärung des Militärischen. Wo leben wir denn, liebe Freundinnen und Freunde, dass wir diese Kriegspropaganda hinnehmen, die uns täglich ins Wohnzimmer gespült wird.

16

9. Das Imperium, die USA und ihre Verbündeten haben viele illegale Kriege geführt. Bei einigen dieser Kriege waren wir direkt oder indirekt beteiligt. Das ist auch eine Folge der engen Verbindung zu den USA. Es ist eine Folge des Krieges und der Vereinbarungen zur Präsenz der USA in unserem Land. Es ist an der Zeit, diese enge Verbindung zu lösen. Aus den USA kommt nicht erst seit der Wahl des neuen Präsidenten Trump eine Menge Unheil. Schon Bill Clinton kündigte die verabredete Gemeinsame Sicherheit in Europa auf und begann mit den Kriegen.

Auf der Verbindung zu den USA ruht kein Segen. Die NATO wird dank einiger Scharfmacher in Osteuropa, im Baltikum, in Polen und in anderen Ländern friedenspolitisch handlungsunfähig. Man hört es nicht nur aus den Zwischentönen der allzu häufigen Truppenbesuche an der Grenze zu Russland. Wie wir damit umgehen, ist ausgesprochen schwierig. Aber es scheint mir dringend notwendig zu sein, die europäischen Partner an der Grenze zu Russland davon zu überzeugen, dass die Verständigung mit Russland auch in ihrem Interesse liegt.

Wenn sie das nicht einsehen, dann sollten sie ihre irrationale Konzentration auf das Militärische im Osten selbst organisieren. Wir sollten auf längere Sicht,

vielleicht auch schon auf mittlere Sicht, eine Rolle suchen, wie es die Schweiz über Jahrzehnte geschafft hat, und Österreich schon mal hatte und leider aufgegeben hat.

10. Europa und der Euro

Die europäische Einigung ist ein Segen. Nicht in der Form, wie die Europäischen Union sich entwickelt hat als Hort einer Ideologie, der neoliberalen Ideologie. Aber mit dieser Kritik sollten wir nicht das Kind mit dem Bade schütten. Ich komme aus dem Grenzgebiet zu Frankreich. Und ich habe noch meinen Großvater im Ohr, der gegen die Welschen allzu gerne noch 1950 in den Krieg gezogen wäre. Gott sei Dank ist das vorbei und wir möchten nicht dahin zurück.

Die Zusammenarbeit in Europa verlangt von Deutschland eine völlig andere Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir müssen den anderen Völkern, wie schon zuvor erwähnt, Luft und Raum bieten für ihre eigene wirtschaftliche, auch für industrielle Tätigkeit. Die jetzige Politik des Auftrumpfens mit den Leistungsbilanzüberschüssen ist tödlich für diese europäische Einigung, tödlich für den Euro und nicht einmal im eigenen Interesse. Es ist die dümmste Politik, die man sich überhaupt vorstellen kann. Aber sie ist hoch gelobt. Der Mann der schwarzen Null gilt als Vorbild. Merkel und Schäuble gelten als erfolgreich, obwohl sie eigentlich die Totengräber der europäischen Idee sind.

11. Medien, Meinungsmache, Demokratie

Die NachDenkSeiten sind 2003 ins Leben gerufen worden, weil sich schon damals abzeichnete, dass unsere etablierten Medien versagen. Es gibt keine verlässlich kritischen, stimulierenden, nachdenkenden Medien mehr. Es gibt einzelne Beiträge von Medienschaffenden. Vorzügliche Beiträge. Aber in wichtigen Fragen haben wir es mit Kampagnen-Medien zu tun, mit

Kampfpresse, Lückenpresse, auch mit Lügenpresse, was man ja nicht mehr sagen darf, seit Pegida diesen Begriff okkupiert hat.

Kampagnen wurden gefahren

- zum Lobe des Exportweltmeisters Deutschland,
- zur Privatisierung der Altersvorsorge,
- zur Privatisierung öffentlicher Einrichtungen,
- gegen die Russen
- und für die Atlantiker und die Interessen dieser westlichen Welt,
- es wurde beschönigt, es wurde von Wertegemeinschaft geschwafelt, obwohl die Werte schon lange im Orkus versunken waren.

Das Fazit: eine Demokratie, eine wirkliche demokratische Welt, eine Alternative zum herrschenden Einheitsbrei wird man mit diesen Medien in ihrem jetzigen Zustand kaum schaffen. Man wird sie auch nicht so reformieren können, dass wir damit gut leben können. Dagegen stehen die Eigentumsverhältnisse. Dagegen stehen die personellen Weichenstellungen und Verhärtungen zum Beispiel in den Öffentlich-rechtlichen Medien. Dort hat die Wirtschaft, die CDU und CSU voll durchgegriffen. Gleichgeschaltet darf man ja nicht sagen. Aber es grenzt daran.

Also sind wir darauf angewiesen, eine Gegenöffentlichkeit aufzubauen. Ich war schon einmal verantwortlich für einen Wahlkampf, der nur gewonnen worden ist, weil es gelang, eine solche Gegenöffentlichkeit zu schaffen. 100 tausende von Menschen haben sich 1972 engagiert und die Macht der Bild-Zeitung, des Springer-Konzerns und des ZDF Magazins überwunden.

Das wird auch auf dem Weg zu einer politischen Alternative nicht anders möglich sein. Wir müssen die Glaubwürdigkeit der Kampagnenmedien erschüttern. Und wir müssen offene, differenzierte Meinungen dagegensetzen.

Mithilfe der vorhandenen Medien wird es keinen wirklich nachhaltigen Umschwung zugunsten einer sozialen und demokratischen Alternative geben. Sie sind über weite Strecken neoliberal eingefärbt und im übrigen dem militärischen Konflikt nicht abgeneigt.

Eine Alternative, eine soziale und demokratische Alternative wird sich auf eine Volksbewegung abstützen müssen. Wie in den USA von Sanders und in

Großbritannien von Corbyn und in Spanien von Podemos vorgeführt, wenn auch letztlich nicht von nachhaltigem Erfolg gekrönt. Wie das auch immer ausgegangen ist, wir werden ohne eine breite Politisierung und eine breite Volksbewegung eine wirkliche andere Politik bei uns nicht erreichen können.

Das ist aber möglich. Es gibt schon Zehntausende von Menschen, die den etablierten Medien nicht mehr glauben und die bereit sind, ihre Stimme zu erheben.

Zum Schluss komme ich nochmal auf den anderen Umgang miteinander zurück. Das wird ein wichtiges Element einer wirklichen Alternative zum neoliberalen Modell sein. Immer in Kombination zu einzelnen Schritten der politischen Erneuerung. Es wird nicht so sein, dass wir den Hebel umlegen können und alles ist gut. Es wird ein langer Prozess sein. Zu diesem Prozess gehört, um es in den Worten von Helmut Kohl zu sagen, eine geistig moralische Erneuerung - eine Kulturrevolution.